

Kleine Anfrage

des Abg. Thomas Dörflinger CDU

Bürokratieabbau im Schulbereich – Beteiligung von Schulleitungen und digitale Meldewege

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern plant die Landesregierung, eine systematische Beteiligung von Schulleitungen sowie schulischen Praktikerinnen und Praktikern bei der Identifikation und Bewertung bürokratischer Belastungen zu etablieren?
2. Inwiefern ist die Landesregierung bereit, im Kultusministerium eine dauerhaft eingerichtete Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulaufsicht, der Schulleitungen und der Schulträger zu schaffen, die Vorschläge für die Verschlankung von Abläufen und Regelungen im Schulbetrieb erarbeitet?
3. Wie plant die Landesregierung, im Rahmen der Entlastungsallianz Baden-Württemberg künftig auch den Kultusbereich explizit einzubeziehen?
4. Inwiefern erachtet die Landesregierung die Einführung eines digitalen Beteiligungs-instruments in Baden-Württemberg, analog zum bayerischen „Entlastungstracker“, für sinnvoll, mit dem Schulen anonym und unkompliziert Bürokratieprobleme sowie Verbesserungsvorschläge melden können?
5. Inwiefern ist die Landesregierung bereit, bestehende landesrechtliche Vorschriften, Verordnungen und Verwaltungsanweisungen systematisch im Hinblick auf Entlastungspotenziale zu überprüfen, eine Evaluierungsliste zu veröffentlichen und gegebenenfalls konkrete Entbürokratisierungsmaßnahmen einzuleiten?
6. Inwiefern prüft die Landesregierung, datenschutzrechtliche Anforderungen im Schulkontext auf Grundlage der DSGVO zu standardisieren und zu verschlanken, etwa durch zentrale Musterregelungen, digitale Einwilligungslösungen oder praxistaugliche Mindeststandards?
7. Inwiefern hat die Landesregierung Maßnahmen anderer Bundesländer zur Entlastung von Schulen übernommen oder plant, solche Maßnahmen künftig zu adaptieren (bitte unter Angabe konkreter Beispiele)
8. Inwiefern erfolgt eine systematische Überprüfung aller bestehenden Meldepflichten an Schulen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, um redundante Berichtsanforderungen zu reduzieren oder zusammenzulegen?
9. Inwiefern ist die Landesregierung bereit, eine zentrale, digitale Anlaufstelle für Schulleitungen und Lehrkräfte einzurichten, die schnelle Antworten auf administrative und rechtliche Fragen bietet, um zeitaufwändige Klärungsprozesse zu reduzieren?

10. Inwiefern plant die Landesregierung, einheitliche digitale Vorlagen und automatisierte Workflows für häufige Verwaltungsaufgaben (zum Beispiel Stundenpläne, Elternkommunikation, Schülerdatenerfassung) bereitzustellen?

17.12.2025

Dörflinger CDU

Begründung

Die Anforderungen an Schulen im Bereich der Verwaltung und Organisation haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Viele Prozesse sind komplex, zeitaufwändig und binden Ressourcen, die eigentlich für die pädagogische Arbeit vorgesehen sind. Rückmeldungen aus der Schulpraxis zeigen, dass ein erheblicher Teil der Arbeitszeit von Lehrkräften und Schulleitungen für administrative Aufgaben aufgewendet werden muss.

In Baden-Württemberg fehlt bislang eine übergreifende Struktur, um Erfahrungen und Hinweise aus dem Schulalltag systematisch in konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau einzfließen zu lassen. Andere Bundesländer, wie etwa Bayern, haben bereits digitale Beteiligungsinstrumente entwickelt, mit denen Schulen Rückmeldungen strukturiert erfassen und einbringen können.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, bestehende Prozesse im Kultusbereich auf Möglichkeiten zur Vereinfachung zu prüfen und die Perspektive der schulischen Praxis stärker zu berücksichtigen. Eine dauerhafte Einbindung von Schulleitungen sowie die Einführung digitaler Rückmeldewege könnten konkrete Entlastungspotenziale identifizieren und geeignete Maßnahmen entwickeln.